Stadt Ulm

ulm

Pressestelle

Daniel Hadrys
0731 161 - 1165
d.hadrys@ulm.de

PRESSEMITTEILUNG
127/08.10.2026

Stadt Ulm baut Hilfen für obdachlose Menschen weiter aus

Die Stadt Ulm möchte obdachlose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen mit zusätzlichen Maßnahmen besser unterstützen. Der Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales befasste sich am Mittwoch mit einem entsprechenden Maßnahmenpaket mit dem Titel „Ulm - eine Stadt für Alle". Damit entwickelt die Stadtverwaltung ihre bisherige Strategie der Wohnungsnotfallhilfe für die Jahre 2026 bis 2030 weiter. Ziel ist es, Menschen in schwierigen Lebenslagen früher zu erreichen und auch die Situation im öffentlichen Raum zu verbessern.

Ein Schwerpunkt liegt auf der aufsuchenden Arbeit in der Innenstadt, die stärker gebündelt werden soll. Ein Team soll dabei Kompetenzen aus den Bereichen Wohnungslosigkeit, Suchthilfe und psychische Erkrankungen zusammenführen und betroffene Menschen direkt ansprechen. Neben Beratung zu bestehenden Hilfsangeboten geht es dabei auch darum, Konflikten im öffentlichen Raum vorzubeugen. Zudem soll die Maßnahme Menschen ansprechen, die vom bisherigen Hilfesystem nur schwer erreicht werden. Das gebündelte Angebot soll ab 2027 starten.

Hierfür soll bei der Caritas Ulm-Alb-Donau eine zusätzliche Vollzeitstelle geschaffen werden. Die Fachkräfte sollen eng mit dem Kommunalen Ordnungsdienst, der Polizei, den Gesundheitsdiensten und weiteren sozialen Angeboten zusammenarbeiten. Bereits ab Herbst sollen städtische Stellen und Polizei regelmäßig die Situation an entsprechenden Orten evaluieren und ihre Einsätze besser aufeinander abstimmen.

„Entscheidend ist, dass unsere Hilfen die Menschen tatsächlich erreichen. Deshalb wollen wir bestehende Angebote besser miteinander verzahnen, stärker aufsuchend arbeiten und zugleich neue Wohn- und Übernachtungsmöglichkeiten schaffen. Gerade bei obdachlosen und von Obdachlosigkeit gefährdeten Menschen braucht es verlässliche Strukturen und eine enge Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen", sagt Bürgermeisterin Iris Mann, zuständig für Bildung und Soziales sowie Kultur.

Verschiedene Wohnangebote werden erprobt

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Weiterentwicklung eines Housing-First-Ansatzes. Dabei erhalten wohnungslose Menschen zunächst eigenen, sicheren Wohnraum und anschließend freiwillige Unterstützung. Die Stadt Ulm möchte die bisherigen Erfahrungen zunächst gemeinsam mit der Caritas auswerten. Dabei sollen unter anderem Betreuungsaufwand, rechtliche und finanzielle Risiken sowie mögliche Konflikte im Wohnumfeld untersucht werden. Ab 2028 könnte auf dieser Grundlage ein Modellprojekt folgen. Vorgesehen wäre das Angebot für eine kleine Zielgruppe.

Daneben plant die Stadt ein flexibles ambulantes Wohnangebot für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Gemeinsam mit der ZAWO Ulm hat die Stadt dafür eine geeignete Immobilie gefunden. Das Angebot soll Menschen unterstützen, die bislang häufig zwischen Wohnungslosenhilfe, psychiatrischer Versorgung und Eingliederungshilfe wechseln. Der Wohnort soll dabei stabil bleiben, während die Unterstützung an den Bedarf angepasst wird. Den Planungen zufolge könnten 2027 die ersten Bewohnerinnen und Bewohner einziehen. Vorgesehen sind bis zu acht Plätze.

Auch die Paketposthalle soll als niederschwelliger Erfrierungsschutz langfristig erhalten bleiben. Ab November 2026 sollen dort 20 bis 30 Schlafplätze in Nächten mit Minusgraden zur Verfügung stehen. Zusätzlich soll die Beratung am Morgen ausgebaut und stärker mit der aufsuchenden Arbeit sowie den bestehenden Hilfsangeboten verzahnt werden. Wegen gestiegener Kosten für Reinigung, sanitäre Anlagen und Betreuung sind für den Winter 2026/2027 rund 10.000 Euro zusätzlich vorgesehen.

Speziell für junge Erwachsene ergänzt zudem die neue „NoLa – Notschlafstelle in der Ladenzeile“ im Trollingerweg die Hilfen. Sie soll zum Winter 2026 acht Übernachtungsplätze für 18- bis einschließlich 26-Jährige anbieten. Neben einer geschützten Übernachtungsmöglichkeit stehen sanitäre Einrichtungen, Möglichkeiten zum Duschen und Wäschewaschen sowie sozialpädagogische Unterstützung durch die Mobile Jugendsozialarbeit zur Verfügung. Ziel ist es, junge Menschen möglichst früh zu stabilisieren und ihnen den Zugang zu weiterführenden Hilfen und einer Wohnperspektive zu eröffnen.

Unterstützungsbedarf ist gestiegen

Hintergrund der Maßnahmen ist ein deutlich gestiegener Unterstützungsbedarf. Die Fachberatung der Caritas verzeichnete zwischen 2021 und 2025 mehr als eine Verdoppelung der Fälle von 235 auf 501. Zugleich bleibt das DRK-Übernachtungsheim ganzjährig stark ausgelastet. Auch bei jungen Erwachsenen beobachtet die Stadt eine zunehmende akute oder verdeckte Wohnungslosigkeit.

„Wir verfolgen mit den Maßnahmen gleich mehrere Grundgedanken. Wir wollen Schutz statt Verdrängung schaffen und Kontakt vor Kontrolle stellen sowie Wohnraum mit Unterstützung anbieten. Die Hilfen sollen Menschen in existenziellen Notlagen stabilisieren, zugleich aber auch den Interessen der Stadtgesellschaft an Sicherheit, Sauberkeit und Aufenthaltsqualität Rechnung tragen“, sagt Oberbürgermeister Martin Ansbacher.